Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 67 (1976)

Heft: 7

Rubrik: Pressespiegel = Reflets de presse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

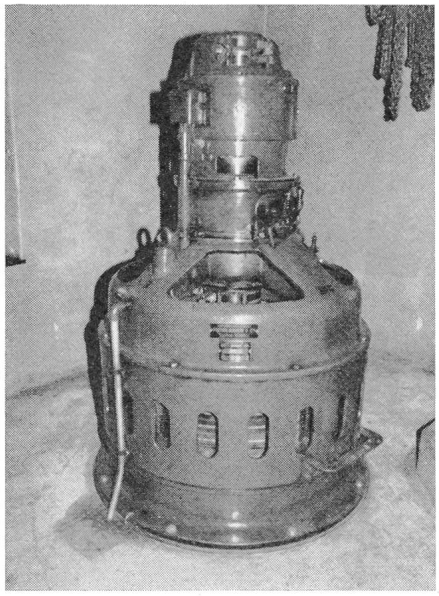
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

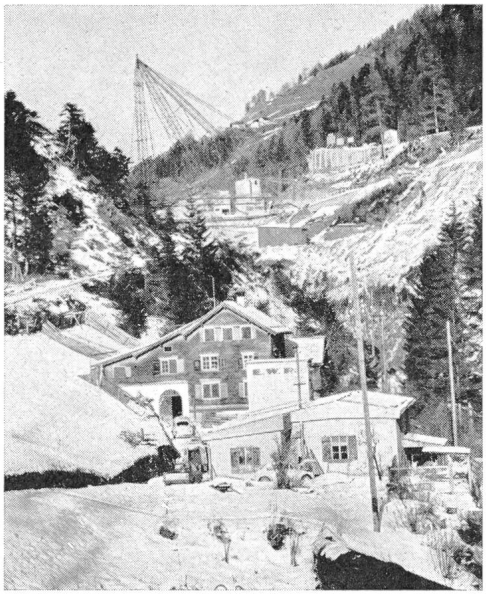
Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Fig. links
Generator mit Erregermaschine des alten Kraftwerkes Mapragg

Fig. rechts
Das stillgelegte Kraftwerk mit Wärterhaus. Im Hintergrund die neue Staumauer Mapragg im Bau.





Der Stromabsatz beschränkte sich in den ersten Betriebsjahren auf Gasthöfe und einige Geschäfts- und Privathäuser. Eine erste Erweiterung war erst im Jahre 1907 nötig, als man in Ragaz eine Reserve-Dieselmotorenanlage von 120 PS angliederte. Im Jahre 1917 wurde die Dieselanlage durch den Fremdstromanschluss an das Netz der St.-Gallisch-Appenzellischen Kraftwerke entbehrlich.

In den Jahren 1927 bis 1930 vollzog sich schliesslich der vollständige Umbau des Kraftwerkes Mapragg. Das Wasserkraftwerk wurde durch ein neues, mit Bogenwehr, Staumauer und verlängerter Druckleitung, ersetzt. Die neue Anlage wurde mit zwei Generatoren von je 240 kVA bestückt, die den winterlichen Wasserverhältnissen der Tamina angepasst waren. In der letzten Zeit vor seiner Stillegung am 30. Dezember 1975, 13.20 Uhr, lieferte das Werk noch rund 10 Prozent des Elektrizitätsbedarfes des Elektrizitätswerkes von Bad Ragaz.

Interessant sind noch einige Angaben aus den ersten Betriebsjahren des Werkes. Der Betrieb wurde im Jahre 1892 mit rund 700 angeschlossenen Glühlampen zu je 16 Kerzen eröffnet. Die Gesamtanlagekosten beliefen sich auf 210 000 Franken.

Der Pauschaltarif war folgendermassen aufgebaut:

1 Glühlampe von 8 Kerzen	Fr. 12.– pro Jahr
1 Glühlampe von 16 Kerzen	Fr. 20.– pro Jahr
1 Bogenlampe à 8 Ampère	Fr. 100.– pro Jahr
1 Pferdekraft für Motoren	Fr. 100.– pro Jahr

Mit grösseren Abonnenten wurden Spezialabkommen mit bedeutend niedrigeren Preisansätzen abgeschlossen.

Der «Oberländer Anzeiger» vom 19. August 1892 berichtete über die Betriebsaufnahme nur mit wenigen Worten: «Die Hotels Tamina, Schweizerhof und Krone sind mit dem neuen Licht versehen. Die Beleuchtungsanlagen in diesen Hotels sind schön gehalten, und das Licht ist ein sehr ruhiges und kräftiges; – besonders splendid und elegant beleuchtet ist der grosse Speisesaal des Hotels Tamina.»

Die Elektrizitätslieferungen aus dem alten Werk Mapragg haben aufgehört. Es ist aber anzunehmen, dass auch die Energielieferungen des neuen und mächtigeren Werkes Mapragg der Kraftwerke Sarganserland für ein ebenso ruhiges und elegantes Licht sorgen werden.

J. Mutzner

Pressespiegel – Reflets de presse

Diese Rubrik umfasst Veröffentlichungen (teilweise auszugsweise) in Tageszeitungen und Zeitschriften über energiewirtschaftliche und energiepolitische Themen. Sie decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion.

Cette rubrique résume (en partie sous forme d'extraits) des articles parus dans les quotidiens et périodiques sur des sujets touchant à l'économie ou à la politique énergétiques sans pour autant refléter toujours l'opinion de la rédaction.

Zur Prämiierung des Filmberichtes «Kaiseraugst» in Nyon

Der nachfolgende Kommentar eines Eingeweihten der schweizerischen Filmbranche erhält im Hinblick auf die dem Fernsehen im Rahmen der Filmförderung zugedachte aktive Rolle besondere Bedeutung. Ein Propagandafilm unter dem Deckmantel des Dokumentarfilms: die Methode nützt sich nachgerade ab.

J. St. Am 7. Internationalen Filmfestival von Nyon wurde auch einheimisches Schaffen präsentiert – und prämiert. So der Filmbericht «Kaiseraugst», hergestellt durch die zwölfköpfige Filmcooperative Zürich. Zwar erhielt der dilettantisch zusammengestoppelte 25-Minuten-Streifen weder den «goldenen» oder «silbernen Sesterz» noch den Spezialpreis der Jury. Aber immerhin reichte es zu dem mit 3000 Franken dotierten Preis des Westschweizer Fernsehens (den einige übereifrige Zeitungsschreiber gleich zu dem Preis des Schweizer Fernsehens emporstilisierten). Natürlich ist es nachträglich immer müssig, sich über die Kriterien der Juroren zu streiten und zu wundern. Dass man es dessen ungeachtet in diesem Falle doch tun muss, hängt weniger mit der geringen Qualität des Films zusammen (denn es wurde auch schon Schlechteres prämiert), als mit dem offenkundigen Missbrauch des Fernsehens als propagandistische Plattform. Denn darin besteht doch kein Zweifel: Nachdem «Kaiseraugst» erst einmal mit dem Preis des Westschweizer Fernsehens geadelt wurde, steht seiner Ausstrahlung über den Bildschirm nichts mehr im Wege.

Der Legitimationseffekt ist perfekt. Perfekter auf alle Fälle als die Bildeffekte der Zürcher Filmcooperative. Diese stehen qualitativ im krassen Widerspruch zum propagandistischen Geschick, mit dem «Kaiseraugst» filmdramaturgisch als «Dokumentarbericht» konzipiert wurde. Nach allen Regeln der Agitationskunst geordnet, werden dem Zuschauer geeignete, d. h. dem übergeordneten propagandistischen Ziel dienliche, Filmdokumente der Kaiseraugster Besetzung vorgeführt. Die Suggestivkraft des Filmmediums soll dem Zuschauer die unbewusste Identifikation «erleichtern» und vor allem auch die revolutionäre Dynamik, die

in der illegalen Besetzung steckte, vergessen lassen. Darum wird das Ganze als unrevolutionäres, demokratisches Genrebildchen präsentiert: Idyllische Besetzer-Folklore, gepflegte Gärtchen, tadelloser Ausbau der Lagerinfrastruktur, disziplinierte Vollversammlungen, gemässigte Reden. Und dazwischen Grossaufnahmen von älteren, besorgten Bürgern, die mit der Kaiseraugster Scholle verbunden sind. Und immer wieder eine resolute Baselbieterin, die herzhaft mit kernigen Sprüchen sagt, wie einfach das Energieproblem zu lösen sei, und wie wenig sie von Kernkraftwerken und den «Herren mit Krawättchen» halte.

Wie kompliziert die Energieproblematik in Tat und Wahrheit ist, darüber schweigt sich der Film aus. Auch darüber, dass durch derartige illegale Besetzungsaktionen die bislang funktionsfähigen demokratischen Mechanismen zerstört werden, während einige wenige sich am Kaiseraugster Lagerfeuer ihr revolutionäres Süppchen kochen können. «Kaiseraugst» als Dokumentarfilm zu deklarieren, ist deshalb ein glatter Etikettenschwindel. «Kaiseraugst» ist ein mit äusserst sublimen Beeinflussungsimpulsen ausgestatteter, tendenziöser Propagandafilm. Das mag denn auch – nach Lage der Dinge – das ausschlaggebende Kriterium zu seiner Auszeichnung mit dem «Preis der Television» gewesen sein. *«Schweiz. Gewerbe-Zeitung», Bern, 5. Februar 1976*

Sie hat's leichter

Als ein Betriebsingenieur der Stadtwerke Villingen/Schwenningen GmbH einer älteren Kundin erklären wollte, wie umfangreich die Anlagen und Arbeiten sind, die man für die Stromversorgung braucht, unterbrach ihn die Dame kopfschüttelnd: «Ist das bei Ihnen vielleicht altmodisch ... Ich brauche nur am Schalter zu drehen, und schon ist der Strom da!»

tag + nacht, Familienzeitschrift der Energieversorgungsunternehmen, Ausgabe Villingen/Schwenningen

«Ätsch, bin gar nicht der Stromableser»

Zeitschrift für kommunale Wirtschaft, München, Febr. 1976

Zur Diskussion über Atomkraftwerke

In Ihrer Zeitung sowie im Radio und TV werden nur Beiträge gegen die Atomkraftwerke geschrieben. Ich möchte mich dafür engagieren, dass es nicht nur Gegner gibt, und glaube, ich bin nicht allein, oder?

Die Atomkraftwerkgegner sollten sich folgende Punkte überlegen:

– Durch den Bau und den Betrieb des Kraftwerkes werden Arbeitskräfte benötigt, bei der heutigen Arbeitslosigkeit sehr wichtig.

– Die entstehende Wärme kann zu Heizzwecken als Fernheizung gebraucht werden, dadurch Einsparung von teurem Erdgas, Öl.

– Zuviel erzeugter Strom kann ans Ausland verkauft werden, das bringt Devisen.

– Fortschritt wurde immer bekämpft, siehe Autos und Eisenbahn, ohne die es heute nicht geht.

– Die Abgase der Autos verursachen mehr Schäden (nachweisbar) als die gesicherte Radioaktivität.

– Gegen die Versuche des CERN in Genf protestiert niemand.

– Die radioaktiven Abfälle sind die Brennstoffe der Zukunft, denn die Technik entwickelt sich weiter, und der Mensch kann sich anpassen. Beispiele aus der Medizin.

– Die Gegner sollten an die Zukunft ihrer Kinder denken, die sonst ohne Elektrizität und ihren angenehmen Seiten leben müssen. *Uta Meyer*

«Zofinger Tagblatt», Zofingen, 4. Februar 1976

Kernkraftwerke – Positives oder Negatives

Ein Kernkraftwerk ist ein mit Kernenergie betriebenes Kraftwerk. Es unterscheidet sich also wenig von einem Kraftwerk, das mit Öl, Kohle oder Wasserdruck arbeitet. Die entstehende Hitze treibt über die Turbine den Generator. Der Kern des Atomkraftwerkes sind Tabletten, die je einer Energie von ungefähr 200 l Öl entsprechen.

Da die Kernenergietabletten hoch radioaktive Materialien sind, entzündet sich der Streit um die Atomkraftwerke stets an der Sicherheit, mit welcher Reaktorunfälle vermieden werden können. Die Atomkraftwerkgegner entwerfen Schreckgespenster; sie berücksichtigen dabei nicht, dass die Wahrscheinlichkeit, durch einen Reaktorunfall ums Leben zu kommen, für einen Amerikaner auf Grund umfangreicher Untersuchungen nur 1 : 300 000 000 beträgt (nach Ralph E. Lapp, Kernphysiker, USA). Alle anderen Katastrophen – wie Feuersbrünste, Flugzeugabstürze, Explosionen, Freisetzung chemischer Gifte, Dammbrüche, Erdbeben, Wirbelstürme – sind in derselben Studie ebenfalls genau analysiert worden: Sie sind viel wahrscheinlicher als ein Reaktorunfall und ihre Folgen um ein Mehrfaches grösser.

Atomkraft weniger gefährlich als Kohle

Die Gefahren der Radioaktivität stellen nichts Neues dar. Schon die ersten Menschen waren der von der Sonne abgestrahlten Radioaktivität, wie sie etwa vom Granit, Gneis oder der Kohle herstammt, ungeschützt ausgesetzt. Für den Zeitraum von 1976 bis 2000 hat Ralph E. Lapp ausgerechnet, dass 200 000 Menschen an den Folgen der natürlichen Radioaktivität sterben werden, aber nur 90 Menschen infolge von Reaktorunfällen; das unter der Annahme, dass in den USA (bis zum Jahre 2000) 1000 Kernkraftwerke neu gebaut werden. Müsste man dieselbe Energie mit Kohle erzeugen, benötigte man nach den gegenwärtigen Planern 200 Mia. Tonnen Kohle jährlich. Was die Förderung, Transport und Verbrennung dieser Kohle an Menschenleben und Umweltschäden kosten würde, lässt sich kaum abschätzen. Bis heute sind in den USA-Kohlebergwerken über 100 000 Bergleute ums Leben gekommen; Unfallverletzungen haben das Leben zahlreicher anderer verkürzt. Kohle ist also weitaus gefährlicher als Atomkraft, auch wenn wir an die Luftverschmutzung denken, die von Kohle- und Ölkraftwerken ausgeht. (Mit Erfolg hat sich seinerzeit die Ärztegesellschaft des Kantons Bern gegen die Anschaffung von Dieselbussen anstelle von Trams in der Stadt Bern eingesetzt, um gegen die bedrohliche Luftverschmutzung einen Markstein zu setzen.) Den Gegnern der Kernkraftwerke sei zugebilligt, dass es – abgesehen von den ästhetischen Gründen – tatsächlich ernst zu nehmende Bedenken gegen Kernkraftwerke gibt, besonders wenn diese derart massiert werden wie im Raume Basel, Kaiseraugst, Elsass, Baden-Württemberg. Die übrigen Bedenken betreffen die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften und den Einbau aller (auch der kostspieligsten) Sicherheitseinrichtungen, da es sich bei den Kernkraftwerken ja um kommerzielle Unternehmen handelt. Diese Befürchtungen sind aber nicht begründet, da die Vorschriften ausserordentlich streng sind und von

Amtes wegen dauernd überwacht werden. Eine Kostenmaximierung für die Sicherheitseinrichtungen gab es zum Beispiel beim Kernkraftwerk Mühleberg im Kanton Bern überhaupt nicht; die Sicherungsvorkehrungen der USA wurden hier sogar übertroffen. Zusätzliche Möglichkeiten der Absicherungen werden ständig erforscht, erwogen und einbezogen.

In einem Ärztekongress über die Grenzen der Medizin (Frühjahr 1975, Davos) sagte der amerikanische Nobelpreisträger für Biologie, George Wald, wörtlich: «Die geringste Gefahr ist noch jene des tödlichen Grossunfalls im Atomreaktor», der so viele Menschen beunruhigt. Viel grösser sei die Bedrohung dadurch, dass niemand, wirklich niemand, heute genau wisse, wie man den Atomabfall lagern soll. Immerhin sind auch hier bereits Wege dafür gefunden worden, wie die Ablagerung in Felskavernen oder mit sicheren Behältern im Meer getätigt werden kann.

Zusammenfassung

Der Atomreaktor oder das Atomkraftwerk selber gibt nicht Anlass zu Befürchtungen. Indessen müssen aber alle Sicherheitsmassnahmen strikte eingehalten und überwacht werden, was angesichts der Kompliziertheit der Materie nicht einfach ist. Die Annahme, welche die Atomkraftwerkgegner treffen, wonach die Befürworter die Gefahren aus Atomkraftwerken nicht ernst genug nehmen, ist unrichtig. Der Schreibende hat selber in Hiroshima Patienten besucht, die seit jenem 6. August 1945 krank sind; er weiss aus erster Hand, welch schreckliche Leidenszeit diese Opfer durchgemacht haben, und wäre daher auch der letzte, der versuchen wollte, die Gefahren der Atomenergie zu bagatellisieren. Beim heutigen Stand der Dinge darf man aber emotionslos sagen: Keine Angst vor Atomkraftwerken.

Dr. med. Otto Hubacher, Thun

«Bremgarter Bezirksanzeiger», Bremgarten, 27. Februar 1976

Cher uranium

Depuis décembre 1974, 340 t d'uranium naturel, propriété de la centrale nucléaire de Gösgen-Däniken (Suisse) sommeillent quelque part en France. La centrale les a achetées à l'époque pour la coquette somme de vingt-sept millions de nos francs. Vingt-sept millions qui lui ont été avancés, comme il se doit, par les banques, moyennant évidemment intérêt. A l'origine, les conditions financières consenties par les banques étaient relativement favorables. Elles tenaient compte du fait que l'uranium devait être transporté et stocké en Suisse. Mais les autorités françaises se sont opposées au transport car Berne n'ayant pas adhéré au Traité de non-prolifération nucléaire la Suisse ne se plie pas au contrôle de l'Agence internationale atomique de Vienne, Contrôle auquel la France subordonne l'autorisation d'exportation des matières fissiles.

L'uranium est donc toujours entreposé en France. Et les banquiers, dont le métier consiste à calculer les risques des avances consenties, ont majoré de 2 % le taux d'intérêt sur le prêt accordé. Deux pour cent sur vingt-sept millions ça représente un demi-million de francs par an, à la charge de la centrale de Gösgen – pardon – des consommateurs d'électricité.

L'affaire en soi n'est pas tragique. Mais elle est de celles qui incitent le Conseil fédéral à réclamer la rapide ratification du Traité de non-prolifération ou la signature de tout autre accord impliquant, moyennant un contrôle de leur utilisation, la poursuite des achats à l'étranger des matières fissiles et des équipements nucléaires nécessaires au fonctionnement des centrales helvétiques.

Jacques Bernard

«Tribune de Lausanne Le Matin», Lausanne, 29 février 1976

Atomenergie aus Schweizer Granit

U. G. Würenlingen. Buchstäblich «Berge verbrennen» könnte man – gemäss einer futuristischen Studie des Eidgenössischen Instituts für Reaktorforschung (EIR) – in den Schweizer Alpen. Das Granitgestein des Piz Giuv im Oberalpgebiet enthält nämlich überdurchschnittlich viel Uran und Thorium (bis zu 0,1 ‰), so dass sich ein Abbau – zumindest energetisch – nach Ansicht von EIR-Wissenschaftern durchaus lohnen könnte.

Dabei würde der Energieaufwand für den Abbau des Gesteins und die Extraktion des Kernbrennstoffes nur etwa 5 bis 10 % der im gewonnenen Uran und Thorium enthaltenen Kernenergie verschlucken. Wie Sebastian Huwyler und Walter Seifritz im «EIR-Bericht Nr. 219» darlegen, könnte im Innern des Piz Giuv ein ganzes System von Hochtemperatur- und Brutreaktoren angelegt werden, dessen thermische Leistung etwa derjenigen von 30 Kernkraftwerken des Typs «Gösgen» entspräche. Der bei der Aushöhlung anfallende Granitschutt würde dann zu Reaktor-Brennstoff aufbereitet und könnte die Schweiz auf 70 000 Jahre hinaus sämtlicher Energie-Sorgen entheben.

Doch leider hat die Geschichte – wie Sebastian Huwyler der NZ gegenüber bestätigte – noch einige gewichtige Haken. So ist der Uran-Abbau aus Granit bis jetzt noch nicht wirtschaftlich durchführbar, und die vorgesehenen Reaktortypen sind ebenfalls noch nicht marktreif. Zudem hat man keine Ahnung, wie man die riesigen Energiemengen aus dem Oberalpgebiet in die Verbraucherzentren im Flachland transportieren könnte, und schliesslich ist noch ungeklärt, ob man den Piz Giuv im gewünschten Ausmass aushöhlen kann, ohne dass er zusammenbricht. An all diesen Problemen muss noch gründlich weitergeforscht werden, bevor die Idee – vielleicht in einigen Jahrzehnten – ausführungsreif wird.

«National-Zeitung», Basel, 10. März 1976

Demontage von A-Werken

sda. Man rechnet damit, dass ein Atomkraftwerk in der Regel nach 20 Jahren finanziell abgeschrieben ist. Die Betriebsdauer wird auf 40 Jahre veranschlagt, wobei aber Teile, die ausgedient haben – nicht zuletzt Reaktor und Kühltürme –, ersetzt werden können. Diese Informationen sind der Antwort des Bundesrates auf eine Einfache Anfrage von Nationalrat Alder (LdU, Baselland) zu entnehmen.

Die Demontage eines Atomkraftwerkes untersteht sowohl hinsichtlich der dabei erforderlichen Sicherheitsmassnahmen als auch der Kosten den gleichen Regelungen wie der Bau, das heisst, die Durchführung ist Sache des Bewilligungsinhabers, die Aufsicht Sache des Bundes. Die Demontagekosten werden zwischen 10 bis 15 % bis zur Höhe der halben bis ganzen Erstellungskosten geschätzt. Ausgediente Kernkraftwerke können im Prinzip vollständig beseitigt und das Gelände kann danach uneingeschränkt für andere Zwecke benützt werden. Für das Vorgehen besteht bei uns zurzeit keine Konzeption. Im Rahmen der im Gange befindlichen Totalrevision des Atomgesetzes von 1959 wird geprüft, welche Vorschriften für die Demontage von Kernanlagen, insbesondere auch für die Sicherstellung der dafür notwendigen Mittel, in das Gesetz aufzunehmen sind.

«AZ Freier Aargauer», Aarau, 19. Februar 1976

Ärzte und Kernkraftwerke

Wenn kürzlich in einem Kommentar in der «NZZ» darauf hingewiesen wurde, dass dem Protest von 55 Baselbieter Ärzten gegen den Bau von Kernkraftwerken nicht mehr Gewicht zukomme als dem Protest anderer Berufsgruppen, so tangierte der Verfasser damit einen Punkt, der in der Auseinandersetzung um die Kernenergie schon wiederholt Anstoss erregte. Manche Wissenschafter oder Berufsgruppen fühlen sich bemüssigt, in – wie sie meinen – kompetenter Art zur Kernenergie Stellung zu nehmen, ohne aber die von ihnen beanspruchte Kompetenz tatsächlich zu besitzen. Damit sei keineswegs das Recht eines jeden Bürgers in Frage gestellt, sich öffentlich zu äussern, doch darf nicht erwartet werden, dass eine seriöse Zeitung solchen Stellungnahmen, die lediglich die Meinung weniger repräsentieren, zu unverhältnismässiger Publizität verhilft. Dies trifft besonders im konkreten Fall des Ärzteprotestes zu. Es wäre unangebracht, wenn dieser Protest nicht als das eingestuft würde, was er tatsächlich ist: die Meinungsäusserung weniger Bürger. Selbst als Vertreter ihrer kantonalen Berufsgruppe stellen die Unterzeichner eine Minderheit dar, haben doch von den über 160 Ärzten, die im Kanton Basellandschaft wohnen, nur 55 den Protest unterschrieben.

Albert Fiechter

«Neue Zürcher Zeitung», Zürich, 26. Februar 1976

Expertengespräche über Kernkraftwerke angeboten

Gewissheit vermitteln

Bern. AZ. Bundesrat Willi Ritschard, Vorsteher des eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes, hat auf den offenen Brief der «Überparteilichen Bewegung gegen Atomkraftwerke», in dem öffentliche Hearings über die Kernkraftwerke gefordert werden, geantwortet: die Experten des Departementes stehen zu Gesprächen mit den Fachleuten der Gegner bereit, wenn solche Gespräche in Radio und Fernsehen stattfinden. Von grossen öffentlichen Versammlungen verspreche er sich, gestützt auf entsprechende Erfahrungen, nicht viel. Insbesondere will man auch über das im nächsten Jahr fertigerstellte Kernkraftwerk Gösgen-Däniken diskutieren. Ritschard möchte mit diesen Gesprächen dem Volk die Gewissheit vermitteln, dass alles Menschenmögliche getan wird, die Kernkraftwerke sicher zu machen. Ausserdem gilt sein Versprechen immer noch, kein Kernkraftwerk zu bauen, das für die schweizerische Stromversorgung nicht auch benötigt werde. Wie aus Kreisen der Ueba Solothurn/Aargau zu erfahren war, will man darauf hinwirken, dass das Kernkraftwerk Gösgen-Däniken nicht in Betrieb genommen wird, solange der Strombedarf aus dieser Produktion nicht klar ausgewiesen sei. Die Ueba dankte Ritschard für seine Antwort, hält aber an öffentlichen Hearings fest und will darüber noch verhandeln.

Wie weiter in Bern zu vernehmen war, besteht vorläufig kein Anlass, Gösgen-Däniken bei Fertigstellung und nach den entsprechenden Kontrollen die Betriebsbewilligung zu verweigern. Hingegen sei aufgrund der Resultate der Abklärungen der Gesamtenergiekonzeption abzusehen, dass nicht alle geplanten Kernkraftwerke auf absehbare Zeit erstellt werden müssten.

«Solothurner AZ», Olten, 19. Februar 1976

Elektrizität aus dem Baltschiedertal?

Auf je mehr Opposition die Atomkraftwerke stossen, um so mehr rücken bisher kaum diskutierte Möglichkeiten von Wasserkraftwerken in den Vordergrund. Es heisst zwar, die Aera der grossen Wasserkraftwerke sei abgeschlossen, doch wird es immer wieder Möglichkeiten zu weiteren Projekten und Werken geben.

Vor Jahren wurde ein Projekt zur Nutzung der Wasserkräfte aus dem Gredetschtal diskutiert. Offenbar werden diese Diskussionen zurzeit in einem etwas grösseren Rahmen wieder aufgenommen. Miteinbezogen soll auch das Baltschiedertal werden.

Die Wassermengen aus den beiden Hochtälern, möglicherweise ergänzt durch weitere Zuleitungen sollen gesammelt und dann in einem Druckschacht auf Turbinen drunten im Tale geleitet werden. Man spricht von einer Druckleitung quer durch den Birgischerberg nach der Gegend von Z'Brigg in Naters.

Die Idee der Nutzung der Wasserkräfte in der Gegend von Birgisch und Mund hat etwas Bestechendes an sich. Die verfügbare Menge Wasser mag im Hochwinter nicht sehr gross sein, doch ist nicht zu vergessen, dass an den sonnigen Hängen von Birgisch und Mund die Schneeschmelze bereits im Februar einsetzt und dann die Wassermenge stark ansteigt, dies zu einem Zeitpunkt, da anderorts noch hochwinterliche Verhältnisse herrschen und die Wassermenge noch abnehmend ist.

Genug Details und den Stand der Verhandlungen über dieses hier geschilderte Projekt sind nicht zu haben. Offizielle Stellen hüllen sich in Schweigen, dabei gibt es doch nichts zu verheimlichen, denn an der Nutzbarmachung der Wasserkräfte des Baltschiedertales und des Gredetschtales ist die Bevölkerung und sind die Gemeinden der Region stark interessiert. Es werden Arbeitsplätze geschaffen und die Gemeinden kommen zu zusätzlichen Einnahmen. *«Walliser Volksfreund», Naters, 22. Februar 1976*

L'agacement de M. Ritschard ...

Il y a quelques jours, Mme Monique Bauer-Lagier, libérale genevoise, s'était plainte de la légèreté du Conseil fédéral, de son apparente insouciance face aux problèmes posés par les économies d'énergie. Mme Bauer-Lagier n'était pas seule de son avis puisque la très récente et très officielle Agence internationale de l'énergie, à laquelle la Suisse a adhéré, a adressé les mêmes reproches à notre gouvernement. Mme Bauer-Lagier avait réussi à provoquer un débat parlementaire, lequel s'est déroulé hier matin, avec, il faut le dire, bien peu d'acteurs, devant un fort modeste parterre.

Mme Bauer-Lagier a reçu trois appuis oratoires. L'indépendant bâlois Claudius Alder a affirmé que le pouvoir exécutif, en l'occurrence, se dérobait devant ses responsabilités. Il existe tout un catalogue de mesures d'économies, que le Conseil fédéral aurait la compétence de décréter, tout de suite s'il le voulait. Par exemple, il pourrait diminuer le nombre des wagons qui roulent derrière les locomotives ... Un autre Bâlois, le socialiste Andreas Gerwig, a déclaré que la récession économique était le moment rêvé pour décider des mesures d'économie. Un autre socialiste, le Grison Bundi, a attaqué les entreprises électriques qui, selon lui, poussent artificiellement à la consommation. Quant à Mme Bauer-Lagier, elle a repris la parole pour relancer le débat sur l'énergie nucléaire. A ses yeux, il faudrait immédiatement décréter un moratoire, interrompre la construction des centrales, de façon à laisser le temps aux scientifiques, dont on connaît les inquiétantes divisions à ce sujet, de se mettre d'accord.

Dans sa réponse, M. Willi Ritschard, chef du Département de l'énergie, s'est montré légèrement agacé. Il a rappelé que l'Agence internationale de l'énergie était une enfant de la crise pétrolière. D'où son objectif prioritaire consistant à aider les pays signataires à se libérer de leur forte dépendance à l'égard du pétrole. Or, le pétrole doit être remplacé avant tout par l'énergie électrique, laquelle, en Suisse, à quelques exceptions près, ne peut naître que de l'énergie nucléaire. M. Ritschard a donné des chiffres: entre 1973 et 1975, la consommation de produits pétroliers a baissé en Suisse de 15 %. Ainsi, l'objectif d'économie fixé par l'agence est dépassé, si largement d'ailleurs que la consommation pourrait augmenter dans les années 1976 et 1977 sans dommages pour les moyennes statistiques. Certes, l'agence demande des économies énergétiques dans tous les domaines, pas seulement dans le secteur pétrolier. Mais là aussi, paraît-il, nous respectons les normes recommandées.

C'est vrai, a admis M. Ritschard, le catalogue des mesures suggérées par l'agence ne peut être réalisé aussi facilement qu'on semble le croire à Paris. Pour des raisons financières bien entendu, ensuite par manque de personnel, dont, soit-dit en passant les Chambres sont coupables. Pour des raisons juridiques aussi, car la Confédération n'a pas reçu les compétences constitutionnelles suffisantes pour décréter des mesures d'économie obligatoires. Certains juristes disent la contraire, mais sérieusement, très sérieusement, est-il concevable que la Berne fédérale, à partir d'une simple déclaration générale découlant d'un traité international, puisse prescrire que les maisons suisses doivent être mieux isolées, puisse exiger la construction de chauffage urbain? Une chose que la Confédération peut effectivement faire, c'est réduire encore les vitesses maxima sur les routes et autoroutes. Mais, selon M. Ritschard, le Parlement aurait du mal à admettre une telle mesure. En matière d'économies énergétiques, Berne manque d'assises légales. L'ennui est qu'il n'y a rien ou presque rien à espérer, sans règles obligatoires. *P.-A. S.*

«Journal de Genève», Genève, 19 mars 1976